

A33 Geflüchteten den Zugang zu Ausbildung und Arbeit ermöglichen

Antragsteller*in: Claudia Roth, MdB (KV Augsburg-Stadt)
Tagesordnungspunkt: 8 Anträge

Antragstext

1 Geflüchteten den Zugang zu Ausbildung und Arbeit ermöglichen

2 Es gibt nicht einen triftigen Grund, Menschen im Asylverfahren oder in der
3 Duldung die Möglichkeit zur Arbeit zu verweigern. Ganz im Gegenteil:
4 Beschäftigung schafft Struktur, ermöglicht mehr Selbstbestimmung, erleichtert
5 soziale Vernetzung und Spracherwerb – und steigert zudem die finanzielle
6 Unabhängigkeit von staatlichen Leistungen. Viele klein- und mittelständische
7 Betriebe in Bayern suchen händeringend nach Auszubildenden und
8 Mitarbeiter*innen. Nicht zuletzt durch ein starkes Engagement der
9 Handwerkskammern sowie der Industrie- und Handelskammern herrscht große
10 Bereitschaft aufseiten der Betriebe und Unternehmen, Geflüchtete in Ausbildung
11 zu bringen oder zu beschäftigen.

12 Dennoch gibt es Beschäftigungsverbote für Geflüchtete; die Erteilung von
13 Arbeits- und Ausbildungserlaubnissen gleicht einem Lotteriespiel. Die Politik
14 der Bayerischen Staatsregierung verunsichert dabei die Betriebe und Unternehmen,
15 verhindert zunehmend eine erfolgsversprechende Integration in den Arbeitsmarkt
16 und grenzt – insbesondere durch ihre Weisungen zur Bundesgesetzgebung – die
17 ohnehin einschränkende Rechtslage weiter ein. Das wollen wir ändern. Wir Grüne
18 fordern einen einfacheren Weg in Arbeit und Ausbildung – und damit zugleich
19 Sicherheit für die Betriebe.

20 Arbeitsverbote beenden

21 Bislang liegt die Erteilung von Arbeitserlaubnissen für Asylbewerber*innen und
22 Geduldete im Ermessen der Ausländerbehörden. Die berufen sich wiederum auf
23 Weisungen des bayrischen Innenministeriums, in denen die Bundesgesetzgebung
24 präzisiert werden soll. Im Vergleich zu anderen Bundesländern sind die Weisungen
25 in Bayern einerseits besonders restriktiv. Andererseits bleiben große
26 Ermessensspielräume, die nicht zuletzt gegen die einzelne Person verwendet
27 werden können.

28 Im Ergebnis entstehen unnötige Härte und massive Diskrepanzen zwischen den

29 Behörden, von denen die Ermessensspielräume unterschiedlich interpretiert
30 werden. Viele Entscheidungen sind kaum nachvollziehbar – und alle sind letztlich
31 maßgeblich abhängig davon, welche Behörde zuständig ist und ob eine stabile, gut
32 informierte Struktur an Helfenden unterstützt. Das eigentlich Ausschlaggebende,
33 wie nämlich der Einzelfall gelagert ist, rückt da allzu häufig in den
34 Hintergrund.

35 Für Betroffene, aber auch für Unterstützer*innen und Ausbildungsbetriebe führt
36 dieser Zustand zu extremen Unsicherheiten, zu emotionaler und psychischer
37 Belastung sowie zu maßgeblichen Hürden in der Lebensplanung der Betroffenen. Das
38 muss ein Ende haben.

39 Wir setzen uns deshalb dafür ein, dass bereits während des Asylverfahrens der
40 Zugang zu Arbeit deutlich vereinfacht wird. Grundsätzliche Arbeitsverbote müssen
41 ein Ende haben. Das gilt auch für Praktika. Praktika spielen beim Einstieg ins
42 Berufsleben eine wichtige Rolle. Bislang müssen Praktika von Asylbewerber*innen
43 und Geduldeten von den Ausländerbehörden genehmigt werden. Dies erschwert den
44 Zugang zu Praktikumsplätzen, stellt für Betriebe eine weitere Hürde dar und
45 schafft unnötigen bürokratischen Aufwand. Wir wollen die Genehmigungspflicht für
46 Praktika aufheben und so den Zugang zu Praktika deutlich erleichtern.

47 **Echten Spurwechsel ermöglichen**

48 Für Menschen in Duldung ist der Weg in Ausbildung und Arbeit in Bayern meist
49 versperrt. Alle bisherigen Ankündigungen, hier einen Spurwechsel zu ermöglichen,
50 blieben ergebnislos – auch deshalb, weil die bayerischen Kriterien für eine
51 sogenannte Beschäftigungsduldung nahezu nicht zu erreichen sind. Wir wollen
52 unabhängig von der Bleibereichtersperspektive eine Möglichkeit zur Ausbildung oder
53 Arbeit eröffnen. Unter anderem fordern wir daher, dass bei der Vergabe von
54 Ausbildungsduldungen fortan nur Kriterien angewendet werden, die für die
55 Ausbildung tatsächlich relevant sind, insbesondere die Zusage des Betriebs.

56 Die Identitätsklärung muss in einem Zug-um-Zug-Verfahren möglich sein: Wer aus
57 einem Land wie Afghanistan kommt, dem wird es allenfalls mittelfristig möglich
58 sein, einen Pass zu erhalten. In diesen Fällen muss es möglich sein, auch dann
59 eine Ausbildung zu beginnen, wenn noch nicht alle nötigen Papiere vorliegen –
60 zugleich aber beispielsweise nachvollziehbar ist, dass bereits andere
61 entsprechende Schritte eingeleitet wurden. Auch Verzögerungen bei der
62 Überprüfung vorhandener Identitätspapiere durch BAMF oder LfAR dürfen nicht zu
63 Lasten der Geflüchteten gehen.

64 Stattdessen werden Geflüchtete immer wieder auch dann abgeschoben, wenn sich
65 abzeichnet, dass alle Kriterien für eine Ausbildungsduldung bald erreicht sind.
66 Für die Betriebe entsteht dadurch ein enormer Unsicherheitsfaktor – von den
67 Betroffenen ganz zu schweigen. Wir fordern, Abschiebungen einstweilen

68 aufzuschieben, wenn sich im Einzelfall eine Ausbildung abzeichnet – auch dann,
69 wenn noch nicht alle Schritte hin zur Ausbildungsduldung abgeschlossen sind.
70 Alles andere ist reinste Schikane, für die Geflüchteten ebenso wie für die
71 bayerische Wirtschaft.

72 **Zugang zu Bildung ermöglichen**

73 Die Aussicht auf ein gutes Leben beginnt mit dem Spracherwerb. Wir wollen den
74 Zugang zu Sprachkursen deutlich ausweiten, das Angebot entsprechend ausbauen und
75 die Teilnahme von Herkunftsland oder Bleibeperspektive entkoppeln.

76 Zugleich wollen wir Kindern von Geflüchteten den Zugang zu Bildung ermöglichen,
77 vollumfänglich und – mit entsprechender Unterstützung – im Rahmen des regulären
78 Schulsystems. Das eingeschränkte Bildungsangebot in bayerischen
79 Sammelunterkünften untergräbt zahlreiche Bestimmungen der UN-
80 Kinderrechtskonvention und gehört abgeschafft. Die faktische, nicht selten
81 jahrelange Isolierung in bayerischen Sammelunterkünften lehnen wir prinzipiell
82 und entschieden ab.

83 **Keine Abschiebungen nach Afghanistan**

84 Abschiebungen nach Afghanistan wollen wir beenden. Afghanistan ist eines mit
85 Sicherheit nicht: sicher. In fast allen Landesteilen kam es in jüngster
86 Vergangenheit zu Kämpfen, Anschlägen oder Gewalttaten. Die Taliban sind erneut
87 auf dem Vormarsch. Weiterhin wütet in Afghanistan einer der gewaltsamsten und
88 tödlichsten Konflikte weltweit. Auch die Erzählung „sicherer Regionen“ bzw.
89 „sicherer Fluchtalternativen“ innerhalb des Landes wird regelmäßig von den
90 tatsächlichen Entwicklungen vor Ort widerlegt.

91 Gerade auch Rückkehrende sind gefährdet. Oft haben sie weder Verankerung noch
92 ein soziales Netz, das sie auffängt. Hinzu kommt, dass regelmäßig auch besonders
93 gut integrierte Menschen nach Afghanistan abgeschoben werden – allen voran aus
94 Bayern.

95 Aus all diesen Gründen fordern wir auch weiterhin einen sofortigen
96 Abschiebestopp nach Afghanistan.

97 **Ausbildungs- und Arbeitsvisa ohne Ausreise ermöglichen**

98 Bislang besteht keine Möglichkeit, ein Ausbildungs- oder Arbeitsvisum ohne
99 Ausreise in das Herkunftsland und Beantragung bei der dortigen deutschen
100 Botschaft zu erhalten – auch dann nicht, wenn ansonsten alle Voraussetzungen
101 einer entsprechenden Duldung erfüllt sind. Das ist schlichtweg absurd, zudem
102 kostenintensiv und oftmals mit erheblichen Gefahren verbunden. Im Falle von

103 Afghanistan ist es geradezu unmöglich, da die dortige Botschaft infolge eines
104 Anschlags nach eigenen Angaben längerfristig nicht in der Lage sein wird,
105 Visaanträge entgegenzunehmen oder gar zu bearbeiten. Wir Grüne wollen deshalb
106 die Möglichkeit schaffen, dass Ausbildungs- und Arbeitsvisa auch in Deutschland
107 beantragt werden können – im Sinne der Betroffenen, der Botschaften vor Ort und
108 der interessierten Betriebe.

Unterstützer*innen

Cemal Bozo?lu (KV Augsburg-Stadt), Eva Lettenbauer (KV Donau-Ries), Stephanie Schuhknecht (KV Augsburg-Stadt), Thomas Gehring (KV Oberallgäu), Max Deisenhofer (KV Günzburg), Martina Wild (KV Augsburg-Stadt), Christine Kamm (KV Augsburg-Stadt), Dr. Stefan Wagner (KV Augsburg-Stadt), Horst Thieme (KV Augsburg-Stadt), Assad Wardak (KV Unterallgäu), Jörg Westerhoff (KV Augsburg-Stadt), Heidi Terpoorten (KV Dillingen), Melanie Hippke (KV Augsburg-Stadt), Peter Rauscher (KV Augsburg-Stadt), Dr. Pia Haertinger (KV Augsburg-Stadt), Antje Seubert (KV Augsburg-Stadt), Deniz Anan (KV Augsburg-Stadt), Eva Leipprand (KV Augsburg-Stadt), Franziska Wörz (KV Augsburg-Stadt), Frédéric Zucco (KV Augsburg-Stadt), Wolfgang Urban (KV Augsburg-Stadt), Silvia Daßler (KV Augsburg-Land), Sabrina Koch (KV Augsburg-Stadt), Markus Schnitzler (KV Augsburg-Stadt), Heidi Rohrlack (KV Augsburg-Stadt), Sylvia Schaab (KV Augsburg-Stadt), Gülseren Karaca (KV Augsburg-Stadt), Franziska Büchl (KV München-Stadt), Matthias Lorentzen (KV Augsburg-Stadt)